

Volks-Zeitung

Wilson will Frieden machen.

Der Präsident vollkommen wiederhergestellt. — Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit.

Paris, 29. Dezember.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Wilson sei fast vollständig wieder hergestellt. Er werde seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen und auch persönlich die Friedensfrage regeln.

Paris, 30. Dezember. (Globe.)

„Journal“ meldet, daß Präsident Wilson wissen ließ, er sei bereit, den Völkern zusammenzukommen, der sofort nach dem Ausbruch der Konstitutionsfrage zusammenzutreten soll, um das Regime des Saargebietes festzusetzen.

Die Anstieherungsfrage.

Uffige Übereinstimmung zwischen Frankreich und England?

Paris, 29. Dezember. (X. U.)

Der „Petit Parisien“ vermutet, daß in London völlige Übereinstimmung zwischen Frankreich und England hinsichtlich des Schicksals am Auslieferung der Schuldigen am Kriegsverbrechen erzielt worden ist. Die vollständige Übereinstimmung wird der Bitte kommt auf Ergehen Frankreichs der frühere Kompramis wegen „Nord, Randes, Pfändung“ vor.

Amsterdam, 29. Dezember. (X. U.)

Sauerwein, der in Amsterdams eine Untersuchung angestellt hat, teilt im „Matin“ mit, daß der ehemalige deutsche

Reiser eine Verteidigung aufgestellt hat, deren Hauptpunkte die folgenden sind: Aus den von Kaufmännischen Dokumenten geht hervor, daß der Kaiser von der Nationalversammlung in Österreich Kenntnis erhielt, er der Meinung gewesen war, daß das verdrängte Land Genugthuung empfangen müsse. Das zweite Argument schließt, daß England den Krieg entfesselt hat, indem es sich weigerte, seine Vermittlung anzubieten, um Petersburg und Paris zum verständigen Handeln zu ermahnen. Weiter behauptet Wilhelm II., daß seine Bemerkungen auf den Tischen einen vollkommen persönlichen Charakter hatten und nicht den geringsten Einfluß auf die Beschlüsse der Regierung ausübten. — Diese Verteidigung des Kaisers ist für den König von England bestimmt.

Die Heimkehr aus England.

Bis auf die Scapa-Flow-Leute alles frei.

Amsterdam, 30. Dezember.

„Telegraaf“ meldet aus London: Der Staatssekretär für den Krieg teilt mit, daß am Sonnabend 1333 deutsche Offiziere und 450 Mannschaften nach Deutschland abgeschickt wurden. Abgesehen von den Fliegern und den an der Verletzung der deutschen Flotte bei Scapa Flow beteiligt gewesen deutschen Seeleuten haben fast alle deutschen Kriegsgefangenen England verlassen.

Eisenbahnerstreik in Magdeburg.

Ruhig verlaufene Umzüge.

Magdeburg, 30. Dezember.

Die Eisenbahnerstreik des Bezirks Magdeburg sind heute in den Streik getreten. Die fordern eine Lohnzulage von 90 Prozent die Stunde. Umzüge der Arbeiter durch die Stadt sind ruhig verlaufen.

Die „P. P. R.“ schreiben hierzu: Es ist nicht anzunehmen, daß durch diese Demonstrationen der Gang der Verhandlungen mit den Regierungen über die neue Schlichtung der Eisenbahnerstreik gefördert wird. Die Verhandlungen sollen bekanntlich Anfang Januar wieder aufgenommen werden. Es ist zu erwarten, daß sie zu einer befriedigenden Lösung führen werden.

Die Wiedereinführung der Goldzölle.

Zunächst für drei Monate.

Berlin, 29. Dezember. (M. L. B.)

In zwei Raten vom 22. und 28. Dezember d. J. hat der Oberste Rat in Paris der sofortigen Erhebung von Goldzöllen in Deutschland zugestimmt. Deutschland ist ermächtigt, ein Aufgeld in der Höhe zu erheben, als die jeweilige Schwankung der Reichsmark gegenüber dem Dollar beträgt. Hierbei müssen die Vertriebszölle zur Anwendung kommen. Nach Errichtung der Wiedergutmachungskommission ist das Aufgeld im Betrage von drei Monaten.

Die Erhebung gilt zunächst für drei Monate. Inzwischen sind Verhandlungen mit den Alliierten über die deutschen Güter- und Ausfuhrverbote zu führen. Falls eine Einigung hierüber binnen drei Monaten nicht erzielt ist, wird die ganze Frage von neuem geprüft werden.

Das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold, das vorübergehend außer Anwendung war, wird mit dem 1. Januar 1920 wieder in Kraft gesetzt werden. Die Bekanntmachung über die Höhe des Aufgeldes wird folgen.

Schwedischer Kredit für Deutschland.

Kopenhagen, 29. Dezember. (M. L. B.)

„Nationaltidning“ meldet aus Göteborg: Die schwedischen Schiffsexporteur hierher am Sonnabend eine Versammlung unter dem Vorsitz des Handelsministers B. Ekblom ab, in welcher auch der schwedische Finanzminister Skovlin anwesend war. Man verhandelte über die Gewährung eines Kredits an Deutschland, damit die Schiffsbau nach Deutschland fortgesetzt werden könne. Es wurde erklärt, daß der schwedische Staat helfen eingetretene müßte. Der Finanzminister erklärte jedoch, daß dieses nicht vor Zusammentritt des Reichstages im Januar geschehen könne. Man beschloß, vorläufig einen Kredit auf privatem Wege zu beschaffen.

Was den Hund gewonnen. Aus Belgien wird uns gemeldet: Deutschland soll nach dem „Globe“ verpflichtet werden, aus 250000 Gulden an die Kriegsgebiete Nord- und Ostfrankreich abzuliefern. Die Entschädigungskommission hat eine Menge von Klagen wegen Diebstahls von Hunden erhalten, und die Hundesteuer sei im Norden und Nordosten Frankreichs für den Staat sowohl als auch für die Züchter eine Einkommensquelle gewesen.

Die „Dziennik“ meldet, daß die in den öffentlichen Gemeindefestungen folgende politische Vertretung der Gemeinde Gindenburg im Gemeinderat den Antrag auf Namensänderung von Wiedergutmachung des alten Namens habe gestellt. Der Antrag des Bürgermeisters, damit bis zur Vollziehung der Umänderung in Ordnung sein, wurde zurückgewiesen und der Antrag zum Beschluß erhoben.

Die „Waldschr“ nach dem „Chicago Tribune“ berichtet über eine vorübergehende Auswanderung von vielen Tausenden von Bürgern der Vereinigten Staaten nach Kanada, die dort die Weidmännlichkeit der Verdrängen wollten. Grund: In den Vereinigten Staaten findet

Verbot gegen Ausfuhr oder Verkauf von alkoholischen Getränken noch immer in Kraft, während sie in Kanada vor kurzem aufgehoben wurden. Die von Amerika nach Kanada führenden Straßen waren in diesen Tagen mit Automobilen und Fahrzeugen aller Art überaus überfüllt, daß der Verkehr oft Stundenlang im Stoden geriet.

Öffnet die Archive!

Der „Populaire“ gegen die Geheimdiplomatie.

Paris, 29. Dezember. (M. L. B.)

„Populaire“ schreibt bei Besprechung des neuen Gelbbuchs über die französisch-italienischen diplomatischen Verhandlungen in den Jahren 1900—1901 unter anderem: Was uns heute interessieren würde, das sind nicht die Antworten über Paris und Tripolis, sondern die Antworten, die während des Krieges zwischen den Alliierten abgetastet wurden, und die einen so verhängnisvollen Einfluß auf die Entwicklung des Konfliktes ausgeübt haben. Daß den Sowjets sind einige von ihnen veröffentlicht worden, aber wir wissen, daß die Archive von Petersburg eines Teils ihres Inhalts durch die Minister des Jaren beraubt wurden, und daß ein anderer Teil während der geschäftigen Revolution verschwinden ist. Das Gelbbuch, das zu lesen sich lohne, würde das sein, das die Dokumente enthält, die von 1912—1914 zwischen Paris, London und Petersburg ausgetauscht wurden, sowie die Papiere, die von 1914—1918 über die verschiedenen politischen Gegenstände zwischen den Kabinetten der Entente gewechselt wurden. Niemand denke daran, sie zu veröffentlichen. Das sind heute jedoch das Recht, sie kennen zu lernen. Wenn die sozialistische parlamentarische Gruppe einige Aufklärung nach dieser Richtung verlangt, so würde das einen Lutz in der Kammer hervorufen, aber das französische Parlament würde diesen Vorstoß beifall geben. Galt nicht alle sozialistischen Kandidaten die Geheimdiplomatie bestritten?

Der weidende Denkin.

Neue Erfolge der roten Truppen.

Amsterdam, 29. Dezember.

„Telegraaf“ meldet die bolschewistischen Gesandten, welche die Einnahme zahlreicher Städte an der Front gegen General Denkin. Im Zentrum rücken die roten Truppen am Dnjepr entlang vor und haben einen Teil des Donbasses besetzt.

Pollische Nachrichten.

Der der einleitenden Bemerkung zum Urteil im Helmhafe-Gesetz-Prozess bemerken wir, daß der Angeklagte, Kriegsgerichtsrat Weber, sich einer anerkennenswerten Gehilfsleistung bewies. Der Beklagte, Kriegsgerichtsrat Dahlheim, lagte es jedoch darauf an, den Angeklagten in jeder Weise zu entlasten.

Der Reichspräsident hat an den Fürstbischof von Breslau Dr. Herrmann, auf seine Wahlung, daß der Papst ihn zum Kardinal ernannt hat, folgendes Telegramm geschickt: „Ihrer Eminenz darf ich zu der Ehre von Seiner Heiligkeit den Papst bezeichnen haben Würde meine aufrichtigen und herzlichsten Glückwünsche sagen.“

Österreichische Demokraten gegen Sabotage. Am Sonntag fand eine Versammlung der Arbeiter der deutsch-nationalen Partei Österreichs in Wien statt, in der das Programm für die neu zu gründende deutsch-nationale Reichspartei zur Kenntnis gebracht wurde. Das Programm tritt für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich ein und ist mit jeder Staatsform zufrieden, die den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich zu verwirklichen vermag, erklärt sich aber gegen jeden Verlust der Wiedereinführung der Sabotage. Das Programm wurde von den Vertrauensmännern einstimmig genehmigt.

Erwidrerung an Ludendorff.

Von

Professor v. Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. B., Mitglied der Nationalversammlung.

Im Ausland befindlich, habe ich die Vernehmung des Generals Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß erst nachträglich kennengelernt. Ich habe sofort versucht, mich in den Besitz des amtlichen Stenogramms zu setzen, was mir bisher nicht gelungen ist. In dem mir zugänglichsten Pressebericht findet sich folgender Absatz:

„Im Anschluß an die Verlesung eines Briefwechsels zwischen dem früheren Reichsanführer v. Bethmann Hollweg und dem Generalstabchef v. Hindenburg über die Kaiserung des Herrn Professor v. Schulze-Gaevernitz (bezüglich des Vorwurfs des Doppelspiels), erklärte General Ludendorff, der Artikel des „Magazinen“ v. Schulze-Gaevernitz hätte nur Bedeutung, weil in ihm betont würde, „wir hätten geliebt“. Das ist eine infame Lüge. (Der General wird vom Vorlesenden unterbrochen mit der Bemerkung: Er fühle sich verpflichtet, Herrn Professor v. Schulze-Gaevernitz als Mitglied der Nationalversammlung in Schutz zu nehmen. Zudem habe dieser diese Behauptung auch gar nicht aufgestellt.)“

Ich fordere den General Ludendorff auf, mir in irgend-einer meiner öffentlichen oder vertraulichen Reden die einen Satz nachzusagen, in dem ich ihn des Spießes oder des Doppelspiels bezüchtige oder gar behauptet: „Er habe geliebt“. Sollte General Ludendorff hierzu nicht in der Lage sein, so fällt der beschimpfende Ausdruck auf seinen Urheber zurück.

In diesen Tagen, da vaterländisches Weh an unser Herz greift, sollten wir Deutsche darauf verzichten, dem Ausland das beschämende Schauspiel zu bieten, politische Meinungsverschiedenheiten untereinander mit groben Beschimpfungen auszutragen; wir sollten uns so lange christliche Abtöt und Wahrheitsliebe zutrauen, bis das Gegenteil erwiesen ist. Christliche Abtöt kann irren. Wie sehr wünschte ich, daß ich getrie hätte, als ich Oktober 1918 folgende Höhe zu Papier brachte und unter anderem auch dem Herrn Major Nicolai mit der Bitte überlieferte, sie dem General Ludendorff zu unterbreiten. Ich habe aus einer ausführlichsten Denkschrift nur nachstehende Stichproben hervor:

„Das Entscheidende ist: Rüdichstolter H-Boot-Krieg bedeutet den Krieg mit den Vereinigten Staaten.“ Die Vereinigten Staaten haben nicht den Alliierten, wie fast England hinter ihnen steht als ein großes, unverbrauchtes Kraftreservoir von der Stärke eines doppelten England. — „Wie immer man zum rüdichstolten H-Boot-Krieg stehe, so ist bei den ungeliebten Geschäften bestehen unter allen Umständen zu verlangen, daß man dem neuemilitären Verbänden erst einmal Zeit gibt, zu atmen, ob er den Frieden befristeten will, das er herbeiführen kann.“ (Mitschrift, den 4. März 1917.) Man kann die Kriegsmoral und verdorrte Stimmung, die immer weiter um sich greift, und welche die Gasse und Gassen nur politische Empfinden, aber nicht machen, nicht ernst nehmen. — „Zwangsweise ist es unsere Aufgabe, das freiherrliche Deutschland noch während des Krieges in seinen Grundzügen festzustellen, nicht durch Revolution von unten, sondern durch rechtzeitige und überlebens Reform von oben im Sinne der Stein, Schrenkhorst und Ostenshausen. Diese Männer empfahlen, zeitliche Stillstände“ anzufangen, wo die Geschlossenheit der Gegner überlegen waren. Ein freiherrliches Deutschland kann nicht zusammenbrechen.“ — Sodann noch in erster Stunde des 30. Januar 1917: „Auch in Hinblick auf die inneren Schwäche unserer Bundesgenossen wäre der Krieg mit Amerika für Deutschland die Katastrophe.“

General Ludendorff war an anderer Meinung. Als er im September 1918 den militärischen Vortritt anmeldete, wurde damit zugleich der Irrtum des rüdichstolten H-Boot-Krieges zugefunden, der nach einer Dauer von zwanzig Monaten nicht die Wirkung gehabt hätte, die nach sechs Monaten verprochen worden war. Zugleich waren diese zwanzig Monate ungenutzt verstrichen für diejenige Stimmungsbewirkung, die wichtiger gewesen wäre als aller „Aufklärungsdiens“, um die mächtig aufsteigende revolutionäre Welle zu glätten: eine großzügige und freiwillige Reform des preussischen Wahlrechts.

Das Ludendorff irrt, berechtigt zu keiner moralischen Anklage. (Sehr wohl aber die Tatsache, daß er seinen Irrtum in eine Schuld der Heimat umzubringen versucht! „Waldschr.“) Was uns in den Augen hinab, war der Fehler unseres Systems des Militarismus, wonach hohe Militärs die Entscheidung der letzten politischen Fragen in der Hand hielten, zu deren Beantwortung sie nach Vorbildung und Denkhöhe beim besten Willen außerstande waren. Dies gilt von den beiden zentralen Entscheidungen des Weltkrieges, dem Durchmarsch durch Belgien — „eine strategische Notwendigkeit“ — und dem rüdichstolten H-Boot-Krieg — „ein von der militärischen Lage gefordertes Kriegsmittel.“

Ob das deutsche Volk sich nicht über die letzten Gründe seines Zusammenbruchs klar ist, kann die neue Gesinnung nicht aufkommen, die allein den wirtschaftlichen und politischen Neubau emporzutragen vermag: die Pflicht demokratischer Selbstbestimmung, die an den einzelnen Staatsbürger weit höhere intellektuelle und moralische Anforderungen stellt als die so viel bequemere militärische, monarchische und bürokratische Bevormundung. Hervorgegangen aus einem demokratischen Wahlrecht und getragen von einer einheitlichen Parlamentarität, verfallen die Staatsmänner des Weltkriegs über jene Nachstellungen gegenüber militärischen und monarchischen Einflüssen, die ihnen empfindlich, den geschlossenen Willen der Nation energisch für den Kriegszweck einzuweisen. An ihre verfallenen die innerlich weniger fest bewarfenen Militarmonarchen Mittel- und Osteuropas, welche lähmende und zerlegende Zweifelpolitik bei letzteren, die ein General Ludendorff, der einen Reichsanführer und einen Staatssekretär des Auswärtigen aus dem Sattel hob, am wenigsten leugnen wird.